

Gemeinde Grabau
Sitzung des Bau-, Wege- und
Umweltausschusses
vom 21.10.2019
in Mehrzweckhaus, Ringstraße 10
in Grabau

Das Protokoll dieser Sitzung
umfasst die Seiten 1 bis 8

Beginn: 20:00 Uhr
Ende: 22.05 Uhr

(Maltzahn)
Protokollführer

Unterbrechung: von - Uhr
bis - Uhr

Gesetzliche Mitgliederzahl: 7

Anwesend:

a) stimmberechtigt:

1. Ausschussvorsitzender GV Radtke
2. GV Ramm
3. Bgl. M. L. Friedrich
4. Bgl. M. Sackmann
5. Bgl. M. Hoeft
6. GV Bobsien
7. GV Stehr

b) nicht stimmberechtigt:

1. BGM Wendt
2. GV Rieken
3. GV`in N. Ramm
4. GV M. Friedrich
5. GV Poggensee
6. GV`in P. Friedrich
7. Herr Klüver, Planlabor Stolzenberg
8. Herr Maltzahn, Amt Bad Oldesloe-Land,
Protokollführer

Es fehlen:

Die Mitglieder der Bau-, Wege- und Umweltausschusses sind durch Einladung vom 11.10.2019 auf Montag, den 21.10.2019 ordnungsgemäß unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden.

Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekanntgemacht.

Der Ausschuss ist nach Zahl der erschienenen Mitglieder – 7 – beschlussfähig.

Ausschussvorsitzender Radtke beantragt eine Erweiterung um einen neuen Tagesordnungspunkt 6 „Änderung des B-Planes Nr. 6“ und einen neuen Punkt 9 „Erlass einer Stellplatzsatzung“. Darüber hinaus beantragt er eine nicht öffentliche Behandlung der Tagesordnungspunkte 5 und neu 6. Über die Anträge wird ohne Aussprache in öffentlicher Sitzung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Unter Berücksichtigung dieser Änderungen ergibt sich folgende Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Protokoll der Sitzung vom 25.04.2019
3. Bericht des Ausschussvorsitzenden
4. Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder
5. Grundstücksangelegenheit;
hier: Anpassung des Städtebaulichen Vertrages zum B-Plan Nr. 5
6. Änderung des B-Planes Nr. 6
7. Pflanzbeet am Mehrzweckhaus
8. Verkehrssicherung in Einmündungsbereichen
9. Erlass einer Stellplatzsatzung

Die Tagesordnungspunkte 5) und 6) werden in nicht öffentlicher Sitzung abgehandelt, alle anderen Punkte in öffentlicher Sitzung.

TOP 1: Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass der Bau-, Wege- und Umweltausschuss nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist.

TOP 2: Protokoll der Sitzung vom 25.04.2019

Gegen die Abfassung des Protokolls der Sitzung vom 25.04.2019 werden keine Einwendungen erhoben. Es ist somit genehmigt.

TOP 3: Bericht des Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende berichtet über folgende Punkte:

- a) Auf der letzten Sitzung der GV wurde ein zusätzlicher Außenwasseranschluss für das Gemeinschaftshaus zur Platzbewässerung genehmigt.
- b) Die Knickpflegearbeiten wurden dankenswerterweise von Henning Ramm ausgeführt.
- c) Ein Straßenlampenmast hat offensichtlich Kontakt mit einem LKW gehabt und ist dabei verbogen. Es soll geprüft werden, ob dieser gerichtet werden kann. Auch wenn kein Verursacher bekannt ist, wurde angeregt, Anzeige zu erstatten.
- d) Der auf der letzten Sitzung der GV angesprochene Totholzausschnitt ist erfolgt.
- e) Es besteht wenig Aussicht, einen Radweg an der L 226 in Richtung Tönningstedt vom Land gebaut zu bekommen. Das Land bietet allerdings eine hälftige Kostenbeteiligung an, wenn die Gemeinden die Initiative übernehmen. Ob die Gemeinde in dieser Richtung aktiv werden will, wäre noch zu entscheiden.
- f) Über den Fußweg an der L 226 in Höhe des Putenstalles wurde inzwischen ein Vertrag mit dem LBV abgeschlossen. Die Arbeiten sollen kurzfristig ausgeführt werden.
- g) Die jährlichen Unterhaltungsarbeiten wurden inzwischen vergeben. Da das Amt zur Zeit über keinen Tiefbauingenieur verfügt, sollte auf Gemeindeebene verstärkt auf die Ausführung der Arbeiten geachtet werden. Gegebenenfalls kann auch noch Einfluss auf die Einsatzstellen genommen werden.
- h) Dem Ausschussvorsitzenden liegt ein Katalog von notwendigen Ausbesserungsarbeiten am Backhaus vor. Die Arbeiten sollten bis zum nächsten Backfest im Mai 2020 abgeschlossen sein. GV Friedrich wird sich der Sache annehmen.
- i) Herr Radtke bittet zu überlegen, ob in Anbetracht der Probleme mit den innerörtlichen Löschteichen nicht eine feste Entnahmestation am See geschaffen werden könnte. Es kommt zu einer kurzen Aussprache über diesen Punkt.

TOP 4: Anfragen Mitteilungen der Ausschussmitglieder

- a) GV Ramm hatte Kontakt zu Herrn Priebisch von den Vereinigten Stadtwerken. Die Ölheizung des Gemeinschaftshauses dürfte ihren Zenit überschritten haben. Inzwischen gibt es mit Sicherheit wirtschaftlichere Lösungen. Die Stadtwerke bieten eine energetische Beratung an und sind möglicherweise auch bereit, über ein Contracting-Modell die Heizung des Gebäudes zu übernehmen. Es besteht Einvernehmen, dass eine Beratung der Stadtwerke in Anspruch genommen werden soll.
- b) Frau Hoeft weist darauf hin, dass am Dorfplatz Laub zusammengeharkt, aber nicht abgefahren wurde. Herr Radtke wird die Firma Kastrati ansprechen.

Zur Beratung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte ist die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Es ist nur ein Zuhörer zugegen, um dessen Belange es bei dem nachfolgenden Tagesordnungspunkt geht. Es wird kein Informationsbedarf vor der Beratung und Beschlussfassung gesehen, so dass der Betroffene den Sitzungsraum verlässt.

Die Beratung wird nicht-öffentlich fortgesetzt.

TOP 5: Grundstücksangelegenheit;
hier: Anpassung des städtebaulichen Vertrages zum B-Plan Nr. 5

./.

TOP 6: Änderung des B-Planes Nr. 6

./.

Die Sitzung wird öffentlich fortgesetzt.

TOP 7: Pflanzbeet am Mehrzweckhaus

Als Beratungsgrundlage liegt ein Angebot der Firma Kastrati vor. Dieses sieht eine Erneuerung der Palisaden vor. Es wird ausgiebig diskutiert, ob dies der richtige Weg ist. Denkbar erscheint sowohl eine vollkommene Entfernung der Pflanzbeete als auch eine optische Aufwertung des gesamten Eingangsbereiches des Mehrzweckhauses. Darüber hinaus wird zu Bedenken gegeben, dass sich dort der Öltank befindet und dieser möglicherweise mittelfristig nicht mehr benötigt wird. Da sich die Wählergemeinschaft bereits einmal bereit erklärt hat, dort aktiv zu werden, ist auch die Aufwertung des Platzes in Eigenarbeit ein Thema. Herr Scherfissee erklärt sich bereit, die in der Diskussion geäußerten Gedanken in einem zeichnerischen Entwurf darzustellen.

noch zu TOP 7):

Der Ausschuss beschließt:

Die Angelegenheit bleibt auf der Agenda. Nach Klärung der Frage, ob der Öltank dort verbleiben kann und Vorlage einer von Herrn Scherfissee erstellten Entwurfsskizze soll eine weitere Beratung erfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 8: Verkehrssicherung in Einmündungsbereichen

Das Freischneiden von Sichtdreiecken in Einmündungsbereichen war ebenso oft Thema wie die Einhaltung der Straßenreinigungssatzung der Gemeinde. In der Nachbargemeinde Travenbrück gibt es die gleichen Probleme, was den Travenbrücker Bürgermeister dazu veranlasst hat, ein Rundschreiben an alle Haushalte zu verteilen. Diese Schreiben dient in angepasster Form als Grundlage der Beratung. Es besteht Einvernehmen, dass ein ähnliches Schreiben auch an die Grabauer Bevölkerung verteilt werden soll. Das Schreiben soll in 2 Punkten aber deutlicher werden. Die Grundstückseigentümer sollen aufgefordert werden, Sichtdreiecke in Einmündungsbereichen auf jeden Fall bis zu einer Höhe von 1,20 m freizuschneiden und bei der Beseitigung von Laub soll nichts von kleinen Mengen stehen.

Der Bürgermeister wird gebeten, ein entsprechend angepasstes Schreiben auf den Weg zu bringen.

TOP 9: Erlass einer Stellplatzsatzung

Bei der letzten Sitzung der Gemeindevertretung konnte die Satzung nicht verabschiedet werden, weil eine Seite der Satzungsentwurfes versehentlich nicht mit kopiert war. Nunmehr liegt der vollständige Satzungstext zur Beratung vor. Die Notwendigkeit einer solchen Satzung wird nicht infrage gestellt, Diskussionsbedarf ergibt sich nur hinsichtlich der Wohnungsgrößen, ab denen ein Stellplatz gefordert werden soll. Entgegen des Satzungsentwurfes sollen nicht 2 Stellplätze je Wohnung ab 50 m² Nutzfläche gefordert werden, sondern jeweils ein Stellplatz ab angefangener 50 m² Nutzfläche.

Der Ausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung den Erlass einer zu ändernden Satzung, in der je angefangener 50 m² Wohnfläche 1 Stellplatz gefordert wird. Die Verwaltung möge der Gemeindevertretung einen Satzungsentwurf zur Beschlussfassung vorlegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ausschussvorsitzender

Protokollführer